



# Inhalt

## Flüchtlings- und Asylpolitik

Wer? Wenn nicht wir! Flüchtlingspolitik: human gestalten, Integration erfolgreich verwirklichen 1

Arbeit gegen Rechts 16

Regelung zu sicheren Herkunfts-staaten im Asylrecht abschaffen 28

Offener und kostenfreier Internetzugang in Flüchtlingsunterkünften 31

Asylrecht verteidigen – Rechtspopulismus entgegentreten 32

Reform des Asylverfahrens 33

## Sonstige:

Gewerkschaften an die Schulen 37

Altersangabe auf Stimmzettel 38

1 **Antrag 1**

2 *Antragsteller: Landesvorstand BayernSPD*

3 *Empfänger: Landtagsfraktion, BayernSPD Landesgruppe*

4 **Wer? Wenn nicht wir!**

5 **Flüchtlingspolitik: human gestalten,**  
6 **Integration erfolgreich verwirklichen**

7

8 **Präambel**

9

10 Flucht und Vertreibung nehmen in einem bisher nicht  
11 gekanntem Ausmaß zu. Allein in den Jahren von 2011  
12 bis 2014 wuchs die Zahl der Flüchtlinge und  
13 AsylbewerberInnen weltweit von gut 42 auf knapp 60  
14 Millionen. Das entspricht einer Steigerung von fast 50  
15 Prozent. Über 19 Millionen hiervon haben ihr  
16 Heimatland verlassen und suchen Schutz in einem  
17 anderen Staat. Dabei bleiben die meisten Menschen in  
18 ihrer Herkunftsregion - rund 90 Prozent fliehen in die  
19 Nachbarländer - oder suchen als Binnenflüchtlinge  
20 Schutz in anderen Teilen ihres Landes.

21

22 Die Ursachen für diesen wahrhaft dramatischen  
23 Anstieg sind vielfältig: Kriege, Verfolgung und  
24 Diskriminierung, Armut, Ausbeutung, Korruption, die  
25 faktische Auflösung von Staaten und Gemeinwesen  
26 sowie die Verschlechterung natürlicher Lebens-  
27 bedingungen vertreiben Menschen in der Hoffnung  
28 auf ein besseres Leben aus ihrer Heimat. Wir werden  
29 auf diese Entwicklungen und ihre Ursachen keine  
30 schnellen und einfachen Antworten finden. Dies  
31 verbietet schon deren Vielzahl und Vielfalt. Wir dürfen  
32 diese Ursachen aber auch nicht aus den Augen  
33 verlieren. Denn die Verhältnisse in unserer globali-  
34 sierten Welt haben sich grundlegend verändert. Es  
35 wird für die entwickelten Industrienationen, auch für  
36 uns in Deutschland, immer weniger möglich, die  
37 genannten Ursachen und Konflikte auf Distanz zu  
38 halten. Hierauf hat bereits die sogenannte „Nord-Süd  
39 Kommission“ hingewiesen, die unter der Leitung von  
40 Willy Brandt im Jahr 1980 ihren Bericht mit der  
41 Aufforderung „Das Überleben sichern“ vorlegte. Willy  
42 Brandt schreibt in seinem Vorwort: "...Dies wirft nicht  
43 nur die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf,  
44 sondern schließt auch ein, wie man den Hunger in der  
45 Welt besiegt, wie man das Menschenelend überwindet  
46 und die herausfordernden Ungleichheiten in den

1 Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen. Auf  
2 einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht  
3 handelt vom Frieden".

4  
5 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind unsere  
6 Grundwerte und bilden die Richtschnur unseres  
7 politischen Handelns. Menschenrechte und soziale  
8 Gerechtigkeit zu verwirklichen und ein Leben in  
9 Frieden, Freiheit und Sicherheit zu ermöglichen sind  
10 unsere politischen Ziele, die auf diesen Grundwerten  
11 basieren. Die Verwirklichung dieser Ziele kann nicht  
12 allein national und in Europa erreicht werden. Die  
13 Globalisierung hat nicht nur verbesserte Export-  
14 möglichkeiten hervorgebracht, sondern weißt auch  
15 wieder auf den weltweiten Zusammenhang von  
16 globaler Verantwortung hin, dem wir uns in  
17 Deutschland und Europa stellen müssen. Uns muss  
18 bewusst sein, dass auch die Lebensweisen und  
19 Konsumgewohnheiten in Deutschland und Europa zu  
20 Fluchtursachen beitragen. Die deutsche Sozialdemo-  
21 kratie hat hierbei die Aufgabe, eine Treiberin für die  
22 Gestaltung und Wahrnehmung dieser Verantwortung  
23 in Deutschland und Europa zu sein. Wir wissen auch,  
24 dass dies einen langen Atem verlangt, und von  
25 niemandem allein zu bewältigen ist.

26  
27 Dass immer mehr Menschen fliehen, stellt auch in  
28 Deutschland Staat und Gesellschaft vor Heraus-  
29 forderungen. Die Integration der neu zu uns  
30 gekommenen Menschen muss erfolgreich gestaltet  
31 werden, was - gemeinsam mit der Unterbringung etc. -  
32 erhebliche Anforderungen an Organisation und  
33 Finanzierung sowie an das haupt- und ehrenamtliche  
34 Engagement vieler in der Flüchtlingsarbeit stellt.  
35 Umzugehen ist auch mit verständlichen, aber nicht  
36 stichhaltigen Ängsten, die großen Anstrengungen für  
37 Flüchtlinge würden zu Lasten anderer, häufig  
38 benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen gehen. Ein  
39 besonderes Problem besteht darin, dass die  
40 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weit von  
41 einem Konsens entfernt sind, wie diese Heraus-  
42 forderungen bewältigt werden können. Damit stehen  
43 wir nicht nur in Deutschland, sondern vor allem auch  
44 in Europa vor einer schwierigen Bewährungsprobe.  
45 Nur Gesellschaften mit einem möglichst hohen Maß  
46 an Zusammenhalt und Gerechtigkeit sind politisch und  
47 wirtschaftlich bereit und in der Lage die Anstren-  
48 gungen zu bewältigen und die Chancen zu nutzen.

49

1 Richtschnur sozialdemokratischer Politik muss es in  
2 dieser Situation sein, besonnen und realistisch  
3 Reflexen zu widerstehen, die der Illusion von  
4 undurchlässigen Grenzen anhängen. Besonnenheit  
5 und Realismus verlangen aber auch, anzuerkennen,  
6 dass Sorgen und Befürchtungen vor einer möglichen  
7 Überforderung vielfach nachvollziehbar und ernst zu  
8 nehmen sind, wenn es um Fragen der Organisation,  
9 der Unterbringung oder der Versorgung von  
10 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen und um die damit  
11 verbundenen logistischen Herausforderungen geht.  
12 Wir fordern von der bayerischen Staatsregierung, die  
13 BürgerInnen vor Ort von Anfang an einzubeziehen und  
14 sie vollumfassend zu informieren. Wir wollen die  
15 Bürgerinnen und Bürger von Anfang an mitnehmen.  
16 "Stimmungsmache" vor einer Überfremdung oder  
17 Islamisierung erteilen wir eine klare Absage. Wir  
18 werden überall, wo Flüchtlinge und Asylbewerber-  
19 Innen in Deutschland angegriffen oder sogar Leib und  
20 Leben bedroht werden, solidarisch zu den Flüchtlinge  
21 und AsylbewerberInnen stehen. Die Würde des  
22 Menschen ist für uns unantastbar.

23  
24 Wir brauchen ein Vorgehen, das mit Sofortmaß-  
25 nahmen zur Finanzierung und Organisation der  
26 Flüchtlingspolitik den Druck auf Städte, Landkreise und  
27 Gemeinden spürbar entschärft. Dublin III ist geschei-  
28 tert, es muss durch einen neuen europäischen  
29 Verteilungsmechanismus ersetzt werden. Die  
30 konsequente Verfolgung dieser Maßnahme führt zu  
31 einer gerechten Verteilung in Europa und damit auch  
32 zu einem Rückgang der Zuwanderungszahlen in  
33 Deutschland. Leider war es vor allem Angela Merkel,  
34 die im Rahmen der Dublin-III Verhandlung 2011/12 ein  
35 Aufnahmesystem für ganz Europa verhindert hat, da  
36 Deutschland unter den aufnehmenden Ländern in  
37 Europa damals nur auf Platz 14 lag. Dieser kapitale  
38 Fehler der schwarz-gelben Bundesregierung ist  
39 Mitursache für die derzeitige ungeklärte Situation in  
40 Europa.

41  
42 Wir wenden uns gegen die Aushöhlung des  
43 Grundrechts auf Asyl und erkennen aber an, dass das  
44 Asylrecht nicht geeignet ist, die Zuwanderung nach  
45 Deutschland für alle diejenigen zu regeln, die zu uns  
46 kommen wollen. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz  
47 überfällig. Wir brauchen über die genannten  
48 Sofortmaßnahmen hinaus eine Integrationspolitik, die  
49 die Fehler der Vergangenheit vermeidet. Dies gilt vor

1 allem für die Bildung, das Wohnen und den  
2 Arbeitsmarkt. Integration kann aber nur gelingen,  
3 wenn sie von der Zivilgesellschaft sowie den  
4 staatlichen Institutionen als gemeinsame Aufgabe  
5 begriffen wird. Hierzu gehören sowohl der  
6 gegenseitige Respekt vor unterschiedlichen kulturellen  
7 Zugehörigkeiten und deren Wurzeln als auch die  
8 gemeinsame und ausnahmslose Anerkennung der  
9 Menschenwürde und Menschenrechte. Dies ist,  
10 unabhängig von der jeweiligen Herkunft, die  
11 Herausforderung der Integration an die gesamte  
12 Gesellschaft. Integration ist dann gelungen, wenn im  
13 täglichen Zusammenleben diese Prinzipien Verhalten  
14 und Handeln wesentlich bestimmen. Diese Prinzipien  
15 sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozial-  
16 demokraten untrennbar mit sozialer Gerechtigkeit und  
17 demokratischer Teilhabe verknüpft.

18

19 Unser sozialdemokratischer Weg ist geleitet von  
20 unseren Grundwerten und unseren Zielen. Wir wissen,  
21 dass einerseits schnelles Handeln und andererseits ein  
22 langer Atem erforderlich sind. Beides gehört zusam-  
23 men und darf nicht gegeneinander ausgespielt  
24 werden. Oberstes Gebot ist es, dass in der Integra-  
25 tionspolitik soziale Konkurrenzen vermieden werden.

26

27 Für uns ist klar: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen  
28 den Menschen verschiedener Herkunft sondern  
29 zwischen "oben" und "unten". Die großen Anstren-  
30 gungen, die für die Flüchtlinge erbracht werden,  
31 werden nicht zu Lasten anderer Gruppen unserer  
32 Gesellschaft gehen, die die Hilfe und Unterstützung  
33 des Staates benötigen. JedeR bekommt die Leistungen,  
34 die ihm bzw. ihr zustehen. Überfällig ist in unserer  
35 Gesellschaft allerdings ein Dialog darüber, wie die  
36 EigentümerInnen großer Vermögen und Einkommen  
37 vermehrt dafür herangezogen werden können, dass  
38 für alle auf Unterstützung angewiesenen Menschen  
39 ausreichend staatliche Unterstützungsleistungen -  
40 finanziell wie ideell - geleistet werden können.

## 1 Für eine menschliche, solidarische und 2 nachhaltige Flüchtlingspolitik in Europa

3  
4 Flüchtlingspolitik ist eine gesamteuropäische Aufgabe.  
5 In einem Kontinent ohne Binnengrenzen können  
6 aktuelle und künftige Migrationsbewegungen ebenso  
7 wenig im nationalen Alleingang bewältigt werden, wie  
8 die erfolgreiche Integration der Zuwandernden in  
9 Europa. Wenn wir nicht Kernerrungenschaften wie die  
10 Reisefreiheit oder ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit  
11 einbüßen, den sozialen Frieden riskieren oder gar die  
12 Europäische Staatengemeinschaft insgesamt aufs  
13 Spiel setzen wollen, brauchen wir eine solidarische und  
14 nachhaltige Lösung der Flüchtlings- und Migrations-  
15 problematik - selbstverständlich im Einklang mit dem  
16 Wertekanon Europas.

17  
18 Aktuell nehmen neun von 28 EU-Staaten 90 Prozent  
19 aller Flüchtlinge und AsylbewerberInnen auf. Das ist  
20 nicht gerecht. Es ist aber auch nicht gerecht, dass nach  
21 geltender Dublin-III-Verordnung allein die Ersteinreise-  
22 Staaten, sprich die Mitgliedsstaaten an Europas  
23 Außengrenzen, für Unterbringung und Asylverfahren  
24 zuständig sind, selbst wenn das Dublin-Verfahren  
25 derzeit kaum noch Anwendung findet.

26  
27 Deshalb fordern wir:

- 28
- 29 • dass in der europäischen Flüchtlingspolitik ein  
30 Paradigmenwechsel stattfindet und die Dublin-  
31 III-Verordnung unverzüglich durch einen  
32 nachvollziehbaren, gerechten und solida-  
33 rischen Verteilungsmechanismus nach objek-  
34 tiven Kriterien ersetzt wird; es genügt keines-  
35 wegs, das Dublin-System nur durch einen  
36 festen Umverteilungsschlüssel in Überlast-  
37 ungs- bzw. Krisensituationen zu ergänzen;  
38
  - 39 • dass der Schwerpunkt europäischer Flücht-  
40 lingspolitik auf die engagierte Bekämpfung von  
41 Fluchtursachen, auf eine menschenwürdige  
42 Behandlung und – falls erforderlich – (See-  
43 )Notrettung der Flüchtlinge gelegt wird; nicht  
44 auf Abschreckung, Abschottung und massiv  
45 verstärkten Grenzschutz  
46
  - 47 • dass einheitliche europäische Mindeststan-  
48 dards wie im „Gemeinsamen Europäischen

1 Asylsystem“ (GEAS) festgelegt, unverzüglich  
2 und vollständig umgesetzt werden, ins-  
3 besondere betreffend die Aufnahme von  
4 Flüchtlingen und die Asylverfahren - vor allem  
5 die Rahmenbedingungen der Unterbringung,  
6 der medizinischen Versorgung und der  
7 Verpflegung  
8

- 9 • dass das gemeinsame Neuansiedlungs- bzw.  
10 Resettlement-Programm der EU zur koordinier-  
11 ten Aufnahme asylberechtigter Flüchtlinge aus  
12 Lagern außerhalb Europas in den EU-Mitglieds-  
13 staaten erheblich ausgebaut wird, um die  
14 unkontrollierte Flucht und Einreise zu  
15 verhindern und SchleuserInnen die  
16 Geschäftsgrundlage zu entziehen;  
17
- 18 • dass auch die massive Zuwanderung nicht  
19 asylberechtigter, aber arbeitssuchender Men-  
20 schen als Realität anerkannt und die Möglich-  
21 keiten legaler Einreise und Arbeitsaufnahme in  
22 der Europäischen Union - sowohl temporär als  
23 auch dauerhaft – ausgebaut, vereinfacht und  
24 im Rahmen eines europäischen Einwander-  
25 ungsgesetzes geregelt werden;  
26
- 27 • dass die Zuwanderung von Flüchtlingen und  
28 ImmigrantInnen von umfassenden - ggf. auch  
29 EU-geförderten - Integrationsmaßnahmen (v.a.  
30 in den Bereichen Bildung, Wohnraumbe-  
31 schaffung und Arbeitsmarkt) begleitet wird, die  
32 den sozialen Zusammenhalt in Europa stärken,  
33 statt schwächen;  
34
- 35 • dass die EU ihre Anstrengungen massiv erhöht,  
36 Massenarbeitslosigkeit – insbesondere die Ju-  
37 gendarbeitslosigkeit – wirksam zu bekämpfen,  
38 Ordnung auf den europäischen Arbeitsmärkten  
39 zu schaffen, die ZuwanderInnen vor Aus-  
40 beutung und Diskriminierung zu schützen. Wir  
41 wollen alle ArbeitnehmerInnen in Europa vor  
42 einer neuen Runde von Lohn – und  
43 Sozialdumping bewahren.  
44
- 45 • dass als Beitrag zur Bekämpfung der Flucht-  
46 ursachen in den Herkunftsländern die  
47 Entwicklungspolitik der EU gestärkt und die  
48 Entwicklungshilfeausgaben der Mitglieds-  
49 staaten endlich auf mindestens 0,7 Prozent



1 ihres BIPs erhöht werden; Gleichzeitig müssen  
2 die Rahmenbedingungen des globalen  
3 Welthandels überarbeitet werden, denn  
4 gerechte Handelsbeziehungen zu Ländern des  
5 Globalen Südens zu etablieren ist heute  
6 wichtiger denn je.

- 8 • dass die Europäische Union im Rahmen einer  
9 gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und  
10 Wirtschaftspolitik eine aktive, stabilisierende  
11 und friedenssichernde Rolle in der inter-  
12 nationalen Politik einnimmt. Dazu gehören die  
13 Unterstützung von Demokratisierungsprozessen  
14 und des Schutzes von Minderheiten-  
15 rechten in den Herkunftsländern, die Stabili-  
16 sierung der Nachbarländer in den Krisen-  
17 regionen, der konsequente Verzicht aller EU-  
18 Mitgliedsstaaten auf Waffenexporte in  
19 (potenzielle) Krisenregionen. Das ist ein  
20 wichtiger Schritt zur Bekämpfung der  
21 Fluchtursache Nummer Eins: Krieg und  
22 Bürgerkrieg.

- 24 • dass Flüchtlinge und AsylbewerberInnen  
25 endlich auf sichere Fluchtwege zurückgreifen  
26 können und sie nicht in die Hände krimineller  
27 Schlepperbanden getrieben werden. Die  
28 Beantragung von Asyl in der deutschen  
29 Botschaft des jeweiligen Herkunftslandes muss  
30 geprüft werden.

## 31 **Asylrecht bewahren – Zuwanderung** 32 **ordnen – Regeln entwickeln**

33  
34 Die hohe Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerber-  
35 Innen stellt unser Land vor die größte Herausforderung  
36 seit der Wiedervereinigung Deutschlands vor 25  
37 Jahren. Auch in Anbetracht der Tatsache der hohen  
38 Flüchtlingszahlen gilt für uns ohne jedes Wenn und  
39 Aber: Mit der SPD gibt es keine Änderungen am  
40 Grundrecht auf Asyl. Der Artikel 16a des Grundgesetzes  
41 gilt in jeder Situation und kann nicht, wie von den  
42 Konservativen gefordert, „lagebedingt“ angepasst  
43 werden!

44  
45 Die Finanzierung der aktuellen Aufgaben der Asyl- und  
46 Flüchtlingspolitik darf nicht zu sozial ungerechten  
47 Folgen bei Steuern und Abgaben führen Wir lehnen

1 Steuererhöhungen ab, die einseitig zu Lasten von  
2 ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen oder sozial  
3 Benachteiligten wirken.  
4  
5 Darüber hinaus sprechen wir uns gegen eine  
6 Finanzierung aus, die die Kosten der Asyl- und  
7 Flüchtlingspolitik auf die beitragszahlenden Mitglieder  
8 der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung  
9 abwälzt.  
10  
11 Initiativen zur Absenkung des Mindestlohns lehnen  
12 wir ebenfalls ab. Wir wollen einen Unterbietungs-  
13 wettbewerb bei den Arbeitsbedingungen verhindern,  
14 der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen gegen andere  
15 Arbeitnehmergruppen ausspielen würde.  
16  
17 Mit den Beschlüssen des Bund- Ländergipfels vom 24.  
18 September 2015 sind neue Regelungen getroffen  
19 worden, in deren Rahmen zahlreiche Positionen der  
20 SPD umgesetzt werden:  
21  
22 Der erleichterte Zugang zu Sprachkursen stellt für uns  
23 vor diesem Hintergrund eine zentrale Errungenschaft  
24 dar und muss jetzt zügig umgesetzt werden! Die  
25 Menschen, die bei uns Schutz suchen, haben ein  
26 großes Bedürfnis Deutsch zu lernen.  
27  
28 Ein zentrales Anliegen der SPD in der Großen Koalition  
29 ist die Verbesserung der finanziellen Situation der  
30 Kommunen. Das kann auch unter den derzeitigen  
31 finanziellen Belastungen hinsichtlich der hohen  
32 Ausgaben für die Unterbringung und Integration der  
33 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen gelingen: Deshalb  
34 begrüßen wir es, dass sich der Bund seiner  
35 Verantwortung stellt und den Ländern von 2016 an  
36 eine monatliche Pauschale im Wert von 670 Euro pro  
37 Flüchtling für die Dauer des Asylverfahrens zur  
38 Verfügung stellt. Dieser Betrag wird u.a. für die Kosten  
39 der Unterbringung verwendet und nicht bar  
40 ausbezahlt.  
41  
42 Damit löst der Bund sein Versprechen ein, sich von  
43 2016 an strukturell und dynamisch an den Kosten für  
44 Flüchtlinge und AsylbewerberInnen zu beteiligen.  
45 Gleichzeitig geht es um eine angemessene  
46 Ausstattung aller betroffenen Einrichtungen und  
47 Verwaltungen mit Arbeitsmöglichkeiten und Personal.  
48 Hier ist zuallererst der Freistaat Bayern gefordert.  
49 Wegen der Zunahme der Flüchtlingsquote und dem zu

1 erwartenden Anstieg der Fallzahlen in den Jobcentern  
2 müssen die Verwaltungskapazitäten und Einglie-  
3 derungsmittel deutlich angepasst werden.

4  
5 Der nächste Schritt muss nun sein, endlich für eine  
6 schnellere Bearbeitung der Asylverfahren beim  
7 Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) zu  
8 sorgen! Die SPD-Bundestagsfraktion fordert bereits  
9 seit mehr als einem Jahr geeignete Maßnahmen, um  
10 den Stau von etwa 300000 Anträgen beim BAMF  
11 abzubauen! Hierbei wird die Einstellung von 2000  
12 zusätzlichen EntscheiderInnen beim BAMF nicht die  
13 Lösung des Problems sein! Wir brauchen vereinfachte  
14 Bearbeitungsverfahren für Menschen mit sicherer  
15 Bleibeperspektive.

16 Der besonderen Situation von unbegleiteten  
17 minderjährigen Flüchtlingen und Frauen müssen wir  
18 gerecht werden. Sie machen häufig andere  
19 Fluchterfahrungen und haben andere Notwendig-  
20 keiten. Kinder und Jugendliche sind in Deutschland –  
21 egal welcher Herkunft – per Gesetz unter besonderem  
22 Schutz der Kinder- und Jugendhilfe. Wir müssen die  
23 Jugendämter in die Lage versetzen, eine ent-  
24 sprechende bedarfsgerechte Unterbringung, Ver-  
25 sorgung und Betreuung und Integration  
26 sicherzustellen. Der Bund und die Länder müssen die  
27 Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung  
28 unbegleiteter, minderjähriger Flüchtlinge unter-  
29 stützen. Die Jugendhilfen der jeweiligen Kommunen  
30 können diese Aufgabe nicht alleine stemmen, es  
31 besteht dringender Handlungsbedarf.

32  
33 Die Einführung der Gesundheitskarte hat sich in vielen  
34 Bundesländern bewährt: Wir appellieren daher an die  
35 Bayerische Staatsregierung, auch in Bayern eine  
36 Gesundheitskarte einzuführen. Das sichert die  
37 medizinische Versorgung der schutzsuchenden  
38 Menschen und führt zu einem diskriminierungsfreien  
39 Zugang zu medizinischer Versorgung und baut für die  
40 ohnehin enorm belasteten Kommunen einen  
41 erheblichen Teil der Bürokratie ab.

42  
43 Ohne die großartige Arbeit der vielen ehrenamtlichen  
44 Helferinnen und Helfer in allen Teilen Bayerns wäre die  
45 derzeitige Situation nicht zu meistern. Die Freistellung  
46 der Ehrenamtlichen durch ihre Arbeitgeber über die  
47 Hilfsorganisationen muss ausgeweitet werden durch  
48 eine entsprechende landesgesetzliche Regelung. Sie  
49 bilden das Rückgrat der Zivilgesellschaft und

1 übernehmen die Aufgaben, die die öffentliche Hand  
2 schon aufgrund fehlender Kapazitäten nicht leisten  
3 kann. Die Beschäftigten bei Bundes- und Landespolizei,  
4 bei den Landratsämtern und Stadtverwaltungen  
5 leisten in diesen Tagen und Wochen einen großen  
6 Anteil der Arbeit. Zugleich professionell und  
7 emphatisch sorgen sie zusätzlich zu ihren eigentlich  
8 Aufgaben dafür, dass unsere Kommunen hand-  
9 lungsfähig bleiben und die schutzsuchenden  
10 Menschen bestmögliche Aufnahme finden. Ziel  
11 staatlichen Handelns muss es daher auch sein, diesen  
12 Menschen Anerkennung und Unterstützung in jeder  
13 denkbaren Form zuteilwerden zu lassen.

14

15 Die Situation, in der sich viele Landkreise und Städte in  
16 diesen Tagen befinden zeigt uns eindringlich, wie  
17 notwendig Deutschland ein von der SPD-Bundestags-  
18 fraktion seit langem gefordertes Einwanderungsgesetz  
19 braucht. Die hohe Zahl von Flüchtlingen und  
20 AsylbewerberInnen bringt auch eine große Chance für  
21 unser Land mit sich. Das von uns geforderte Einwan-  
22 derungsgesetz soll einen gesetzlichen Rahmen für die  
23 Menschen schaffen, die ihre Zukunft in Deutschland  
24 sehen und Integration reibungslos möglich machen.  
25 Mit einem Einwanderungsgesetz wollen wir klare  
26 Regelungen für die Integration von ausländischen  
27 MitbürgerInnen, eine Bündelung der Einwan-  
28 derungsvorschriften oder etwa eine einfachere  
29 Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in  
30 Deutschland erreichen. In einem weiteren Schritt  
31 wollen wir auf europäischer Ebene ein gemeinsames  
32 Einwanderungsgesetz schaffen. Hierzu braucht es eine  
33 breite gesellschaftliche Debatte, an deren Spitze wir  
34 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen  
35 wollen!

# 1 Integration – eine gemeinsame Verantwortung

2  
3 Integration funktioniert nur, wenn wir die  
4 Zuwandernden und die aufnehmende Zivilgesellschaft  
5 gleichermaßen im Blick behalten, sie mit der gleichen  
6 Empathie behandeln. Deshalb wird es angesichts der  
7 hohen Zahlen von Flüchtlingen und Asylbewerber-  
8 Innen darauf ankommen, in allen Fachpolitiken soziale  
9 Konkurrenzen zu vermeiden. Wir können Integration,  
10 aber es gibt sie nicht zum Nulltarif.

## 11 12 **I. Die Felder, die die „Hardware“ von Integration** 13 **beschreiben, sind:**

- 14 1. Situation in den Unterkünften
- 15 2. Sprach- und Integrationskurse
- 16 3. Zugänge zu Bildungsinstitutionen
- 17 4. Zugänge zum Arbeitsmarkt
- 18 5. Zugänge zum Wohnungsmarkt

### 19 20 21 1. Situation in den Unterkünften

22  
23 Für die Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit vor  
24 Ort sind durch den Freistaat Bayern hauptamtliche  
25 Stellen zur Verfügung zu stellen. Jede Gemeinschafts-  
26 unterkunft muss überdies sozialpädagogisch betreut  
27 werden. In den Gemeinschaftsunterkünften werden  
28 Gewaltschutzkonzepte unter besonderer Berücksichti-  
29 gung der Belange von Frauen und Kindern umgesetzt.  
30 Flüchtlinge erhalten zeitnah bei Bedarf eine psychia-  
31 trische oder psychologische Betreuung zur  
32 Bewältigung von Traumata.

### 33 34 2. Sprach- und Integrationskurse

35  
36 Der Bund hat eine bedarfsgerechte Finanzierungs-  
37 garantie für alle Sprach- und Integrationskurse  
38 gegeben, das ist gut. Neben der Sprache ist auch das  
39 Verständnis der kulturellen und gesellschaftlichen  
40 Grundlagen der Schlüssel für eine gelungene  
41 Integration. Daher müssen Integrationsprogramme zur  
42 Vermittlung des Verständnisses für diese Grundlagen  
43 organisiert werden. Neben diesem Kurssystem müssen  
44 wir darauf achten, möglichst schnell und  
45 niedrigschwellig Sprach- und Kulturvermittlung schon  
46 in die Erstaufnahme-Einrichtungen und in die  
47 Gemeinschaftsunterkünfte zu bringen.

### 3. Zugänge zu Bildungsinstitutionen

Die Zugänge zu Kitas sind grundsätzlich geregelt. Bei Menschen mit Bleibeperspektive ist nach drei Monaten ein Schulbesuch zu ermöglichen. Flüchtlinge sind dabei entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit den Schularten zuzuordnen. Es darf nicht passieren, dass Talente verloren gehen.

Wir müssen dafür werben, dass möglichst alle Kinder von Flüchtlinge und AsylbewerberInnen in die Kitas kommen. Dabei muss die Zweisprachigkeit von klein an vor dem Hintergrund des schnellen Lernerfolgs und der Wertschätzung sowohl der aufnehmenden wie ankommenden Gesellschaft Bestandteil eines pädagogischen Konzepts sein. Das, was dort an Integrationsarbeit geleistet werden kann, ist unersetzlich und oft später kaum oder nur mit hohem Aufwand nachholbar. Wir brauchen pädagogische Konzepte zum Umgang mit Sprachen- und Kulturvielfalt.

Die Schulbauförderung muss an die neuen Bedarfe angepasst werden. Es müssen so viele zusätzliche LehrerInnenstellen eingerichtet werden, dass es nicht zu einer Erhöhung der Klassenstärken kommt.

Es ist zu begrüßen, dass die eingesparten Mittel des Betreuungsgeldes in den Ausbau der Kitas fließen. Diese Mittel müssen den Kommunen umgehend zur Verfügung gestellt werden. Dazu muss die Investitionsförderung des Freistaats an den neuen Bedarf angepasst und erhöht werden. Bei bereits in der Planung befindlichen Projekten sind unbürokratisch Kapazitätserweiterungen zu ermöglichen. Das BayKiBiG muss an den neuen Bedarf angepasst werden.

In den Ausbildungsordnungen und Curricula für das Lehramt, für soziale Arbeit und für den Erziehungsdienst muss interkulturelles Lernen stärker betont werden. Die Bildungseinrichtungen müssen mehr denn je mit multiprofessionellen Teams (u.a. Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen) ausgestattet werden.

#### 1 4. Zugänge zum Arbeitsmarkt

2  
3 Der Arbeitsmarkt ist ein zentraler Schlüssel zur  
4 Integration, das wissen wir aus der Zeit der intensiven  
5 Arbeitsmarktmigration nach Deutschland. Die Aner-  
6 kennung von im Ausland erworbenen Schul-, Berufs-  
7 und Hochschulabschlüssen muss schneller als bisher  
8 erfolgen. Bei den Hochschulabschlüssen muss der  
9 Freistaat umgehend eine gesetzliche Grundlage  
10 schaffen.

11  
12 BAMF und BA müssen mit Sprach- und  
13 Integrationskursen zum Arbeitsmarkt hinführen,  
14 Berufsvorbereitungsjahre zur Sprachintegration (BVJ-  
15 SI) und Übergangsklassen sind bedarfsgerecht  
16 auszubauen, die neuen rechtlichen Möglichkeiten,  
17 über die duale Ausbildung zu einem gesicherten  
18 Aufenthalt zu kommen, müssen genutzt werden,  
19 ausbildungsbegleitende Hilfen müssen ausgebaut  
20 werden. Die Bayerische Wirtschaft wird aufgefordert,  
21 sich in enger Kooperation mit Staat, Kommunen und  
22 BA dieser Aufgabe zu stellen.

#### 23 24 5. Zugänge zum Wohnungsmarkt

25  
26 Die ohnehin gerade in den bayerischen Städten  
27 besonders angespannte Lage auf den Wohnungs-  
28 märkten birgt sicherlich die größte Gefahr sozialer  
29 Konkurrenzen. Wir wollen eine Aktivierung des  
30 geförderten sozialen Wohnungsbaus für ALLE, keine  
31 Flüchtlings-Sonderbauten.

32  
33 Deshalb ist unbedingt ein Maßnahmenpaket nötig,  
34 das schnell umgesetzt wird:

- 35 • Weitere deutliche Erhöhung der Bundes-  
36 mittel für den geförderten Wohnungsbau.
- 37 • Weitere Erhöhung der Landesmittel für den  
38 geförderten Wohnungsbau.
- 39 • Umstellung von Zinsinstrument auf echte  
40 verlorene Zuschüsse pro m<sup>2</sup> geschaffenem  
41 geförderten Wohnungsbau.
- 42 • Wo möglich, Koppelung von Wohnungsbau-  
43 und Städtebauförderung.
- 44 • Verbesserung der Abschreibungsbedin-  
45 gungen im Wohnungsbau, um auch privates  
46 Kapital zu mobilisieren.
- 47 • Die Städte werden aufgefordert, Wohnbau-  
48 land zu mobilisieren und (ggf. rabattiert) auf  
49 den Markt zu bringen.

- 1           • Der Freistaat Bayern stellt seine für den  
2           Wohnungsbau geeigneten Flächen ebenfalls  
3           rabattiert Städten und Wohnungs-  
4           bauträgern zur Verfügung.  
5

## 6 **II. Gesellschaftliche Herausforderung**

7

8 Wir erleben derzeit ein Nebeneinander von großer  
9 Hilfsbereitschaft und großer Besorgnis, die Zivil-  
10 gesellschaft ist in der Flüchtlingsfrage emotional  
11 polarisiert. Die Kurzatmigkeit, mit der Politik und  
12 Medien zum Teil kuriose Ideen und Vorschläge  
13 präsentieren, trägt nicht zum Abbau der  
14 Verunsicherung bei.  
15

16 Besorgnis und Unbehagen muss ernst genommen und  
17 aufgegriffen werden. Die Politik muss durch ein kluges  
18 Agieren im „Hardwareteil“ der Integration soziale  
19 Konflikte vermeiden. Wir müssen diese neue  
20 Integrationsaufgabe dergestalt annehmen, dass wir an  
21 die Erfolge der Integrationspolitik der letzten  
22 Jahrzehnte anknüpfen, eine Wiederholung ihrer Fehler  
23 vermeiden. D. h. wir müssen Ehrenamt stärken und  
24 zum Teil auch organisieren und alles, was Begegnung  
25 und Kennenlernen fördert, unterstützen. Zivilgesell-  
26 schaftliche Ehrenamtsorganisationen vom Sport-  
27 verein bis zur freiwilligen Feuerwehr sollen – auch  
28 finanziell – unterstützt werden, auf Flüchtlinge und  
29 AsylbewerberInnen zuzugehen.  
30

31 Kitas, Schulen, Kinder- und Jugendhäuser und  
32 Kultureinrichtungen und Freiwilligenzentren sollen  
33 Patenschaften übernehmen und Begegnung  
34 organisieren. Vernetzungsstrukturen des bürgerschaft-  
35 lichen Engagements müssen genutzt, gestärkt und  
36 ausgebaut werden.

37 Dort, wo viele Flüchtlinge und AsylbewerberInnen  
38 wohnen werden, ist Stadtteilsozialarbeit zu  
39 organisieren. Kirchen und Religionsgemeinschaften  
40 müssen unterstützt werden, interreligiösen Dialog zu  
41 organisieren.



### 1 III. Demokratie schützen

2

3 Fast täglich finden Angriffe und Brandanschläge auf  
4 Unterkünfte für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen  
5 statt, Menschen werden ausgegrenzt, rassistisch  
6 beleidigt und diffamiert. Rassistische Parolen dürfen  
7 nicht mit Begriffen wie „Asylkritik“ verharmlost  
8 werden sondern müssen enttarnt und wirksam  
9 bekämpft werden. Die Mitte-Studien der Friedrich-  
10 Ebert-Stiftung haben gezeigt, dass rechtsextreme  
11 Denkweisen in allen Bevölkerungsschichten und  
12 Altersgruppen vertreten sind.

13

14 Wir werden auch weiterhin das zivilgesellschaftliche  
15 Engagement gegen Rechtsextremisten und -  
16 populistInnen vorantreiben und antifaschistische  
17 Arbeit unterstützen. Die finanzielle Förderung von  
18 zivilgesellschaftlichen Projekten für Demokratie und  
19 Toleranz haben bei der Bekämpfung des  
20 Rechtsextremismus einen hohen Stellenwert. Die  
21 Förderprogramme des Bundes müssen weiter  
22 ausgebaut und gestärkt werden. Gleichzeitig fordern  
23 wir von der Bayerischen Staatsregierung, dass sie das  
24 zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus  
25 und Rechtsextremismus in Bayern endlich durch  
26 eigene Landesprogramme fördert.

27

28 Der Aufbau von Ersatzorganisationen verbotener  
29 Kameradschaften und rechter Netzwerke muss  
30 konsequenter verhindert und verfolgt werden. Ebenso  
31 sind Angriffe auf Flüchtlinge und AsylbewerberInnen  
32 als rassistisch motivierte Straftaten zu benennen und  
33 durch den Staatsschutz zu verfolgen.

34

35 Es gilt also auf drei Ebenen anzusetzen:  
36 DemokratInnen stärken, ZweiflerInnen überzeugen  
37 und ÜberzeugungstäterInnen isolieren.

38

1 **Antrag 2**

2

3 *Antragsteller: Jusos Bayern*

4 **Arbeit gegen Rechts**

5

6 **Analyseteil:**

7

8 Vieles von dem, was wir in den letzten Wochen und  
9 Monaten erleben, lässt uns an die rassistischen  
10 Pogrome der 1990er Jahre zurück denken. Die massive  
11 Hetze gegen geflüchtete Menschen, die Rhetorik des  
12 angeblich „vollen Boots“ und die gleichzeitigen  
13 Versuche die Asylgesetzgebung Schritt für Schritt  
14 weiter zu verschärfen. An dieser Stelle darf nicht  
15 vergessen werden, dass die rassistischen Anschläge,  
16 die wir heute vor allem mit den Orten Rostock-  
17 Lichtenhagen, Mölln, Solingen und Hoyerswerda in  
18 Verbindung bringen, schon im Dezember 1988 ihr  
19 unrühmliches Vorbild fanden. Am 18.12.1988 wurden  
20 vier Menschen, eine dreiköpfige türkischstämmige  
21 Familie und ein Deutscher, in Schwandorf von einem  
22 Nazi getötet. Der Neonazi Josef Saller gab selbst an, die  
23 „Türken ein wenig ärgern zu wollen“. Er entzündete  
24 Kartons im Hausflur. Nur wenige Berichte beschäftigen  
25 sich mit den damaligen Ereignissen. Das linke  
26 Internetportal Indymedia benennt die Opfer: „Das  
27 Ehepaar Fatma & Osman Can, ihr 11 Jähriger Sohn  
28 Mehmet, und der Deutsche Jürgen Hübener erstickten  
29 in ihren Betten und verbrannten bis zur  
30 Unkenntlichkeit. 12 weitere Bewohner retteten sich  
31 durch Sprünge aus dem Fenster, und zogen sich dabei  
32 schwerste Verletzungen zu.“  
33 (<http://de.indymedia.org/2007/08/191950.shtml>)

34

35 In den folgenden Jahren sollte noch mehr Menschen in  
36 der BRD das Leben genommen werden. Die Opfer  
37 waren und sind Migrant\_Innen, Geflüchtete, Homo-  
38 sexuelle und Trans-Menschen, linke Aktivist\_Innen  
39 und Menschen die allgemein nicht in das Weltbild von  
40 Nazis und RassistInnen passen. Der Anschlag in  
41 Schwandorf wurde aufgeklärt und der Täter verurteilt.  
42 Mit Blick auf die pogromartigen Ausschreitungen in  
43 der folgenden Zeit kann jedoch sicher gesagt werden,  
44 dass viel zu wenige TäterInnen gefasst und verurteilt  
45 wurden. Die Menschen flohen vor Krieg, Hunger,  
46 Gewalt und Willkür und fanden sich in einem Land  
47 wieder indem sie erneut zu Opfern wurden. Der  
48 sogenannte „Aufstand der Anständigen“ sollte  
49 symbolisieren, dass dies nur die Taten einer  
50 Minderheit waren. Doch leider waren es auch Teile  
51 dieser sogenannten Mehrheit der Anständigen, die als  
52 Reaktion auf die rassistischen Anschläge der 90er  
53 Jahre mit einer Verschärfung des Asylrechts  
54 antworteten. Denn nicht nur an den Stammtischen

1 wurde als Konsequenz gefordert, dass Deutschland  
2 eben nicht mehr so viele Menschen aufnehmen könne.  
3 Auch die damalige Sozialdemokratische Partei  
4 Deutschlands stimmte letztendlich zu. Die Peterberger  
5 Wende war somit das Ende des individuellen und  
6 umfassenden Anspruchs auf Asyl und somit einer der  
7 großen Sündenfälle der Sozialdemokratie in  
8 Deutschland.

9  
10 Wir Jusos stehen auch heute noch für eine Rückkehr  
11 zum umfassenden Recht auf Asyl und werden daher  
12 vehement gegen jede weitere Verschärfung des  
13 Asylrechts kämpfen. Umso erschreckender ist es für  
14 uns, dass auch heute wieder mit den gleichen  
15 Argumentationsmustern versucht wird das Recht auf  
16 Asyl einzuschränken.

17  
18 Rassistische und rechtsterroristische Anschläge und  
19 Angriffe haben eine lange Tradition in der  
20 Bundesrepublik Deutschland. Menschenverachtende  
21 Einstellungen sind in allen Teilen Deutschlands und in  
22 allen Schichten verbreitet. Zu oft versperren  
23 ideologische Scheuklappen eine klare Analyse  
24 rassistischer und faschistischer Verbrechen. Die  
25 staatlichen Sicherheitsbehörden, Polizei, Inlands-  
26 geheimdienste und auch die Justiz sind nicht „auf dem  
27 rechten Auge blind“, wie immer wieder flapsig  
28 behauptet wird. Sie erkennen rechte Gewalt durchaus  
29 und nehmen diese wahr. Die theoretische Grundlage,  
30 sozusagen die wissenschaftliche Brille, verhindert  
31 jedoch eine realistische Einordnung der Phänomene  
32 und führt zu einer Gleichsetzung von ungleichen  
33 Phänomenen und einer Relativierung rechter Gewalt.  
34 Die vorherrschende Extremismustheorie versucht eine  
35 unbescholtene und demokratische Mitte zu konstru-  
36 ieren und identifiziert sogenannte „extremistische“  
37 Ränder. In diesen Rändern vermutet die Theorie die  
38 FeindInnen der Demokratie und setzt somit links und  
39 rechts miteinander gleich. Gerade in Bayern wird  
40 offensichtlich, was dies in der Praxis bedeutet:  
41 Antifaschistisches Engagement wird kriminalisiert, die  
42 Taten von FaschistInnen werden relativiert. Der  
43 bayerische Inlandsgeheimdienst, das sogenannte  
44 Landesamt für Verfassungsschutz, hat über Jahrzehnte  
45 eindrucksvoll seine Unfähigkeit unter Beweis gestellt,  
46 die rechte Szene in Bayern richtig einzuschätzen und  
47 ist gleichzeitig absolut unwillens, eine Neuausrichtung  
48 der Behörde auch nur in Betracht zu ziehen. Diese  
49 Mischung aus Unfähigkeit, Unwillen und ideo-  
50 logischen Scheuklappen ist höchst gefährlich und  
51 verhinderte beispielsweise die Aufklärung des  
52 Oktoberfestattentats, zeigt sich in der Nicht-  
53 Wahrnehmung der Mordserie des NSU, oder auch an  
54 zahlreichen anderen Angriffen und deren  
55 unzureichender Aufklärung.

1 Ohne eine umfassende Neuausrichtung der  
2 Sicherheitsbehörden und der damit notwendigen  
3 Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes wird sich die  
4 Lage in Bayern nicht grundlegend verbessern können.  
5 Wir müssen uns daher fragen, ob und in welchem  
6 Umfang wir uns auf die Analysefähigkeit und die  
7 daraus erfolgenden Konsequenzen der bayerischen  
8 Sicherheitsbehörden verlassen können. Mit einer CSU-  
9 geführten Regierung wird es keine Neuausrichtung  
10 und kein Umdenken geben. Mit den bestehenden  
11 Strukturen werden weiterhin AntifaschistInnen  
12 kriminalisiert, faschistische Taten verharmlost und der  
13 Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von  
14 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der  
15 sogenannten Mitte der Gesellschaft verleugnet.

16  
17 Es liegt daher auch an uns, auf die Missstände  
18 aufmerksam zu machen. Wir müssen Rassismus,  
19 Antisemitismus, Homo- und Transphobie, Antiziganis-  
20 mus und andere Formen gruppenbezogener  
21 Menschenfeindlichkeit dort benennen, wo sie  
22 auftreten. Unsere Stimme erheben und uns in den  
23 Weg stellen.

24  
25 Es liegt auch an uns, innerhalb der sozial-  
26 demokratischen Familie den Finger in die Wunde zu  
27 legen und auf eigene Vorurteile und Ressentiments  
28 hinzuweisen, sowie diese kritisch zu hinterfragen.

29  
30 Es liegt auch an uns, der Kriminalisierung  
31 antifaschistischen Engagements nicht tatenlos  
32 zuzusehen, sondern uns solidarisch mit den Menschen  
33 zu zeigen, die Opfer von staatlicher Repression  
34 werden, weil sie sich FaschistInnen in den Weg stellen  
35 und gegen diese demonstrieren. Ganz aktuell sehen  
36 wir das an dem Fall von Paul, einem Münchner  
37 Antifaschisten, der wegen einer zu kurzen Fahne  
38 verhaftet wurde und seit Wochen in Untersuchungs-  
39 haft sitzt.

40  
41 Und es liegt auch an uns, Geflüchteten beizustehen,  
42 sie in ihren Kämpfen zu unterstützen und sie im  
43 Zweifelsfall auch vor Angriffen zu schützen. Leider  
44 haben staatliche Sicherheitsbehörden schon zu oft  
45 bewiesen, dass ihr angebliches Frühwarnsystem nicht  
46 funktioniert und der Wille Geflüchtete zu schützen  
47 nicht ausreichend hoch ist. Das war so in Rostock-  
48 Lichtenhagen und das war auch wieder so in Heidenau.

49  
50 Quelle für Überblick Straftaten/Anschläge auf  
51 Flüchtlinge: [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

52  
53  
54  
55  
56

1 **Forderungen:**

2  
3 Hetze gegen Geflüchtete beenden

4  
5 In den letzten Wochen und Monaten haben sich vor  
6 allem konservative Parteien wie die CSU an  
7 Stimmungsmache gegen Geflüchtete beteiligt. Wie so  
8 oft versucht die CSU hierbei einen Spagat zwischen  
9 einem angeblich christlichen Menschenbild und der  
10 Bedienung rassistischer Vorurteile. Schon seit Jahren  
11 wurde die CSU-Regierung von der Opposition und von  
12 NGOs auf ihre Versäumnisse im Bereich der Asylpolitik  
13 hingewiesen, doch war sie zu keinem Umdenken  
14 bereit. Dieser herbeigeführte Notstand  
15 (<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/sep-tember/fluechtlinge-der-inszenierte-notstand>)  
16 beschäftigt uns alle nun seit Monaten und wird von  
17 der CSU sogleich dazu verwendet, das Asylrecht weiter  
18 einschränken zu wollen und zwischen gewollten und  
19 ungewollten Geflüchteten zu unterscheiden. Ein  
20 öffentlicher Diskurs, der auch von einigen Medien und  
21 insbesondere neurechten Gruppen wie der AfD und  
22 PEGIDA mitgetragen wird. Auch die bekannten  
23 faschistischen Vereinigungen wie NPD, Die Rechte und  
24 der Dritte Weg, als Nachfolgeorganisation der  
25 Kameradschaft Freies Netz Süd, befeuern die  
26 Diskussion. Zahlreiche Kundgebungen rechter  
27 Gruppierungen können in unmittelbarer Nähe zu den  
28 Unterkünften von Geflüchteten stattfinden. Die  
29 Einrichtungen werden nicht ausreichend geschützt.

30  
31  
32 Wir fordern daher eine klare Haltung der SPD in den  
33 Kommunen und auf Bundes- und Landesebene und  
34 eine Absage an die rechte Rhetorik vom sogenannten  
35 „Asylmissbrauch“ und von „Wirtschaftsflüchtlingen“.  
36 Ein Recht wahrzunehmen kann kein Missbrauch des  
37 Rechts sein. Daher verurteilen wir aufs Schärfste die  
38 Wortwahl der CSU. Das muss auch bedeuten, dass  
39 rassistische und menschenverachtende Ressentiments  
40 benannt werden, auch wenn es dabei die  
41 Koalitionspartner\_Innen trifft. Hier ist kein Raum für  
42 falsche Kompromisse!

43  
44 Wir verlangen von der SPD die weitere Ausweisung  
45 von sicheren Herkunftsstaaten nicht weiter zu  
46 verfolgen. Selbst in der Petersberger Wende wurde  
47 festgestellt dass das Grundrecht auf Asyl nicht noch  
48 weiter eingeschränkt werden dürfte.

49  
50 Wir fordern das sofortige Verbot des Dritten Wegs in  
51 Bayern, als Nachfolgeorganisation der Kameradschaft  
52 Freies Netz Süd, sowie die überfällige Durchführung  
53 des NPD-Verbots unter Abzug von V-Personen.

54  
55 Unterkünfte von Geflüchteten sollten als besonders  
56 schützenswert eingestuft werden. Die zuständigen

1 Behörden sollten in der direkten Umgebung dieser  
2 Orte die Durchführung rassistischer und faschistischer  
3 Kundgebungen einschränken können.

4  
5 Rechten Parolen gegen Flüchtlinge keine Chance  
6 geben: Willkommenskultur fördern!

7 Rechten Parolen kann am besten mit klaren und  
8 unbeirrbareren Fakten entgegnet werden: sie bringen  
9 Transparenz und Aufklärung und sorgen dafür, dass  
10 Polemik und Diffamierungen ins Leere laufen. Hier ist  
11 vor allem die Kommunalpolitik gefragt: Gemeinden  
12 und Landkreise sind vor Ort direkt mit der Aufgabe der  
13 Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen  
14 beauftragt. Die politischen Verantwortlichen  
15 müssen frühzeitig und anhaltend den Dialog mit den  
16 Bürgerinnen und Bürgern suchen. Somit können sie  
17 Ängsten, Unsicherheiten und Missverständnissen  
18 vorbeugen. Die Erfahrung der letzten Monate hat  
19 vielerorts gezeigt, dass in Gemeinden, die aktiv den  
20 BürgerInnen-Dialog beim Thema Asyl gesucht haben,  
21 rechte Parolen und negative Stimmungen kaum bis  
22 keine Unterstützung in der Bevölkerung fanden.  
23 Stattdessen überwiegt hier die Hilfsbereitschaft der  
24 AnwohnerInnen, die sich zahlreich ehrenamtlich in  
25 HelferInnenkreisen engagieren.

26 Wenn die Politik und ihre Verantwortlichen aktiv in  
27 eine multikulturelle Willkommenskultur investieren,  
28 ist dies die beste Methode um rechten Parolen,  
29 versteckter AusländerInnenfeindlichkeit und  
30 Rassismus entgegen zu wirken. Beispielhaft seien  
31 hierfür die Finanzierung von Sprachkursen, die  
32 finanzielle und organisatorische Unterstützung von  
33 ehrenamtlichen HelferInnenkreisen und anderen  
34 integrationsfördernden Gruppierungen, sowie von  
35 Integrations-Projekten erwähnt. Auch kostenlose  
36 ÖPNV-Willkommens-Tickets können Integrations-  
37 hürden abbauen, AsylbewerberInnen mehr Mobilität  
38 und die Möglichkeit zur Teilnahme an Integrations-  
39 kursen ermöglichen.

40 Das Zeichen politischen Engagements muss sein:  
41 Flüchtlinge in die Mitte der Gesellschaft holen. Dies ist  
42 das klare Signal nach rechts: hier ist kein Platz für eure  
43 rassistische Hetze! Vor allem unsere sozial-  
44 demokratischen KommunalpolitikerInnen sind hier in  
45 der Pflicht, dieses Signal vor Ort in ihren Kommunen zu  
46 setzen.

47  
48 Rechten Terror als rechten Terror bezeichnen  
49 Vor allem in der Abgrenzung zum rechten Lager  
50 braucht die Politik eine klare Haltung! Wir müssen  
51 deutlich Position beziehen und rechtsradikale oder  
52 rassistische Kommentare auch öffentlich klar als  
53 solche benennen. Nach dem Motto "Wehret den  
54 Anfängen!" gilt hier null Toleranz bei Äußerungen in  
55 der rechten Ecke. Vor allem die jüngsten  
56 Entwicklungen in der Asylpolitik haben gezeigt, dass

1 politisches Herumlavieren nur zu einem führt: es  
2 banalisiert geistige Brandstiftung und ebnet damit den  
3 Weg zu rechten Protestmärschen vor Asylbewerber-  
4 heimen, zu Brandanschlägen und womöglich  
5 Schlimmerem. Rechter Terror muss auch als solcher  
6 bezeichnet werden und nicht aus politischem  
7 Opportunismus als „kritische“ und „besorgte“  
8 BürgerInnen außer Rand und Band banalisiert werden.  
9 Hass sollte nicht als Angst umgedeutet werden. Die  
10 Bezeichnung rechtsterroristischer Taten als eben  
11 solche muss konsequent durchgeführt werden. Den  
12 ständigen Versuchen, rechtsterroristische Taten mit  
13 linken gleichzusetzen, muss entschieden wider-  
14 sprochen werden.

15  
16 Schluss mit der Diffamierung antifaschistischen  
17 Engagements. Als Konsequenz der Extremismus-  
18 theorie und ihrer Verhaftung in antikommunistischen  
19 Ressentiments aus dem Kalten Krieg werden in Bayern  
20 bis heute antifaschistische Gruppierungen  
21 diskreditiert und diffamiert.

22  
23 Wir zeigen uns insbesondere solidarisch mit der  
24 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund  
25 der AntifaschistInnen (VVN/BdA). Sie ist eine der  
26 ältesten Organisationen, die sich in Deutschland gegen  
27 alte und neue Nazis engagieren. Die Initiative für die  
28 Gründung der VVN ging unmittelbar nach dem Krieg  
29 von ehemals Verfolgten unterschiedlichster Herkunft  
30 aus. Über weltanschauliche und parteipolitische  
31 Grenzen hinweg waren Aufklärung und Mahnung,  
32 aber auch die Vertretung der Interessen der Opfer des  
33 Naziregimes die erklärten Ziele der VVN.

34  
35 Auch heute noch sind einige bekannte  
36 Persönlichkeiten, die in der Nazizeit Verfolgung und  
37 Lagerhaft erdulden mussten, in der VVN/BdA aktiv.  
38 Bundesweit bekannt ist Esther Bejarano, in Bayern  
39 besonders Ernst Grube, Hermann und Hugo  
40 Höllenrainer, der leider kürzlich verstorben ist, sowie  
41 Martin Löwenberg. Trotz hohen Alters klären viele von  
42 ihnen unermüdlich junge Menschen über die Barbarei  
43 der Nazis und deren Folgen auf. Für dieses  
44 Engagement werden sie hoch respektiert, geehrt,  
45 gewürdigt und sind vielfach ausgezeichnet.

46  
47 Die Nennung der VVN/BdA im Verfassungs-  
48 schutzbericht ist eine Diffamierung der Arbeit der in  
49 der VVN/ BdA organisierten Überlebenden des  
50 Naziterrors und stellt sie auf dieselbe Stufe wie die  
51 ebenfalls im Bericht genannten Nazis. Es geschieht  
52 unter völliger Ausblendung der tatsächlichen Arbeit  
53 der VVN/ BdA und diffamiert darüber hinaus alle, die  
54 sich seit Jahren und Jahrzehnten gemeinsam mit der  
55 VVN/ BdA gegen faschistische Umtriebe engagieren.  
56 Für die VVN/BdA ist die Nennung im

1 Verfassungsschutzbericht auch eine Bedrohung ihrer  
2 Existenz, da der Entzug der Gemeinnützigkeit droht.  
3 Im Widerspruch zur Staatsregierung kann man nur  
4 feststellen, dass sich die VVN/ BdA und Ihre Mitglieder  
5 in Bayern große Verdienste um die Gedenk- und  
6 Erinnerungskultur und um das bürgerschaftliche  
7 Engagement für eine solidarische und tolerante  
8 Gesellschaft, gegen Antisemitismus, Rassismus und  
9 Neofaschismus, erworben haben.

10  
11 Wir fordern daher die sofortige Streichung der  
12 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund  
13 der AntifaschistInnen aus dem Verfassungsschutzbericht der bayerischen Staatsregierung und die  
14 Einstellung der Überwachung der VVN/BdA durch  
15 deutsche Inlandsgeheimdienste.  
16

17  
18 Außerdem stellen wir uns gegen jede Form der  
19 Kriminalisierung antifaschistischen Engagements. Zu  
20 oft haben wir selbst erlebt, wie Sicherheitsbehörden  
21 bei Demonstrationen in erster Linie die  
22 antifaschistischen DemonstrantInnen der Repression  
23 aussetzen. Uns ist bewusst, dass diese Mechanismen  
24 sehr tief verankert sind und ein Umdenken der  
25 Sicherheitsbehörden nur durch eine umfängliche  
26 Neuausrichtung erfolgen kann. Der sogenannte  
27 Verfassungsschutzbericht der Staatsregierung ist  
28 einzustellen und durch einen Demokratie- und  
29 Menschenrechtsbericht des gesamten Parlaments zu  
30 ersetzen. Dieser Bericht soll jährlich, unter  
31 Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure erstellt  
32 werden.  
33

#### 34 Lückenlose Aufklärung

35  
36 Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben teilweise  
37 eine erbärmliche Quote beim Erkennen und Aufklären  
38 rechter Straftaten. Das Versagen und Vertuschen bei  
39 der Aufklärung des rechtsterroristischen Oktoberfest-  
40 attentats ist bis heute nicht aufgeklärt. Wir begrüßen  
41 daher sehr die Initiativen der Landtags- und  
42 Bundestagsfraktion der SPD, die mit zu einer  
43 Wiederaufnahme der Ermittlungen durch den  
44 Generalbundesanwalt geführt haben.

45 Auch bei den Taten des NSU haben die bayerischen  
46 Sicherheitsbehörden leider aufgezeigt, dass sie nicht in  
47 der Lage sind rechten Terror zu erkennen und zu  
48 bekämpfen. Und dies sind nur die prominentesten  
49 Beispiele. Wo sind die Gerichtsverhandlungen zu den  
50 Anschlägen auf Häuser und Fahrzeuge von  
51 antifaschistischen AktivistInnen in Fürth? Wo sind die  
52 TäterInnen, die in Gräfenberg und Umgebung  
53 Familien bedroht und Eigentum zerstört haben? Wo  
54 sind die Nazis, die Jugendzentren wie in Dachau  
55 angreifen und/oder beschmieren? Wo sind die  
56 Verhandlungen gegen die Nazis die in den letzten



1 Jahren in München linke Einrichtungen und  
2 Wohnprojekte angegriffen haben? Und wo sind die  
3 Rassist\_Innen, die in den letzten Monaten die  
4 Unterkünfte von Geflüchteten angegriffen haben?  
5 Diese Taten sind keine übermütigen Streiche von  
6 Jugendlichen. Das sind Taten von Nazis und  
7 Rassist\_Innen und entsprechend sind sie zu benennen,  
8 einzuordnen und zu verfolgen. Nur, wenn die  
9 Strafverfolgung und die Aufklärung rechter Straftaten  
10 in diesen Fällen funktioniert, kann auch davon  
11 ausgegangen werden, dass der Staat faschistische  
12 Morde auch als solche wahrnehmen kann.

13  
14 Das ungenügende Einschreiten des Staates gegen die  
15 rassistischen Pogrome in den 90er Jahren gilt heute als  
16 einer der Gründe für das erfolgreiche Erstarken des  
17 NSU innerhalb der Nazi-Szene. Die Politik und die  
18 Sicherheitsbehörden müssen hier dringend lernen und  
19 handeln, denn sonst wächst möglicherweise gerade  
20 eine neue Generation rechter Terrorist\_Innen heran.

21  
22 Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach  
23 Bekanntwerden der Morde des NSU eine lücken- und  
24 schonungslose Aufklärung versprochen. Doch schon  
25 wieder sträuben sich die Geheimdienste, ihre Akten  
26 offen zu legen. Das Verhalten dieser Sicherheits-  
27 behörden trägt nicht dazu bei, verlorenes Vertrauen  
28 wieder zurück zu gewinnen. Heute wie damals fordern  
29 wir daher die Abschaffung der Inlandsgeheimdienste  
30 und die Abschaltung sämtlicher V-Personen. Die  
31 Offenlegung der Aktenbestände und die Analyse dieser  
32 durch unabhängige wissenschaftliche Expert\_Innen  
33 wären ein erster Schritt für einen überfälligen  
34 Neuanfang.

### 35 36 **Gedenk- und Erinnerungsarbeit**

37  
38 In unserer alltäglichen antifaschistischen Praxis muss  
39 die Gedenk- und Erinnerungsarbeit eine wichtige Rolle  
40 spielen. Hierbei ist es auch dringend notwendig, dass  
41 wir selbstkritisch unsere eigene Rolle und Position in  
42 einem Gedenk- und Erinnerungsprozess reflektieren  
43 und bestehende Konzepte weiterentwickeln. Es ist  
44 dringend erforderlich, dass wir uns innerverbandlich  
45 damit auseinandersetzen, wie und mit welchem Ziel  
46 wir erinnern und gedenken, wie dabei unsere Position  
47 als sozialistischer Jugendverband einfließen kann und  
48 wie die persönlichen Hintergründe unserer Mitglieder  
49 als Nachkommen von TäterInnen und auch Opfern  
50 dabei mitgedacht und einbezogen werden müssen.  
51 Wir stehen hier erst am Anfang einer  
52 Auseinandersetzung und müssen uns als Jusos Bayern  
53 aktiv in diesen innerverbandlichen Prozess einbringen.  
54 Die diesjährige verbandsübergreifende Gedenk-  
55 stättenfahrt in das ehemalige Konzentrationslager  
56 Auschwitz hat hierfür einen wertvollen Einstieg

1 geliefert. Gerade der Austausch mit anderen  
2 Jugendverbänden über deren antifaschistisches  
3 Selbstverständnis und deren Praxis von Erinnerungs-  
4 und Gedenkarbeit eröffnen uns neue Blickwinkel.  
5 Daher sollten wir ähnliche Konzepte auch Bayern  
6 anregen und umsetzen.

7

8 Die Jusos Bayern setzen sich daher das Ziel, eine  
9 jährliche Gedenkstättenfahrt durchzuführen. Wenn  
10 möglich sollte dies in Kooperation mit anderen  
11 Jugendverbänden und internationalen Schwester-  
12 organisationen geschehen.

13

14 Gedenkstätten sind für uns wichtige Orte der  
15 Erinnerung und Mahnung. Die Geschichte der  
16 heutigen Bundesrepublik Deutschland verpflichtet  
17 daher zu Pflege, Erhalt und Förderung der  
18 Gedenkstätten und dortiger Bildungsangebote. In den  
19 letzten Jahren wurde immer wieder Geld für die  
20 Instandsetzung und den musealen Ausbau von  
21 Gedenkstätten zur Verfügung gestellt. Doch immer  
22 wieder erleben wir beim Besuch von Gedenkstätten,  
23 dass diese in keinem guten Zustand sind. Der  
24 Haushaltsposten für die bayerischen Gedenkstätten  
25 muss daher aufgestockt werden. Eine  
26 wissenschaftliche Untersuchung soll durch den  
27 Landtag initiiert werden um festzustellen, wie hoch  
28 der Förderumfang für die nächsten zehn Jahre sein  
29 sollte. Ähnliche Überprüfungen sind alle fünf Jahre  
30 durchzuführen, um aktuellen Entwicklungen gerecht  
31 zu werden.

32

33 Ebenso muss sichergestellt werden, dass für die  
34 Durchführung von Gedenkstättenfahrten von  
35 Jugendgruppen und Schulklassen ausreichend Mittel  
36 zur Verfügung gestellt werden. Es ist notwendig, die  
37 Wege zur Beantragung von Geldern transparenter zu  
38 gestalten, damit mehr Gruppen die Möglichkeit haben  
39 Gelder zu beanspruchen.

40

41 Die Gedenk- und Erinnerungsarbeit ist in großem  
42 Wandel begriffen da immer mehr Zeitzeug\_Innen  
43 aufgrund ihres Alters und/oder Krankheit sterben. Das  
44 direkte Gespräch mit diesen Menschen und wie sie mit  
45 uns ihre Geschichte teilen, ist unschätzbar wertvoll.  
46 Wir sollten daher möglichst vielen jungen Menschen in  
47 unserem Jugendverband diese Erfahrung ermöglichen.  
48 Im Zweifelsfall müssen wir es sein, die die Geschichte  
49 der Opfer des Nazi-Regimes weitertragen.

50

51 Die Debatte zu den Stolpersteinen in München hat  
52 aufgezeigt, dass es ein großes Bedürfnis vieler  
53 Menschen ist Formen des dezentralen und  
54 individuellen Gedenkens zu schaffen. Sie wollen den  
55 Opfern Namen und den Angehörigen einen  
56 individuellen Ort zurückgeben. Es ist absolut unstrittig,

1 dass dezentrales Gedenken eine wichtige und gute  
2 Ergänzung zu etablierten Gedenkformen darstellen  
3 kann. Wir sind uns allerdings nicht sicher, welche  
4 spezifische Form hierfür die beste ist. Leider wurden  
5 rückblickend in der Münchner Diskussion viele Fehler  
6 begangen. Um das in Zukunft zu vermeiden, müssen  
7 die Bayern bei diesem Thema sprachfähig werden und  
8 sich kontrovers und kritisch mit dem Thema  
9 auseinandersetzen.

10  
11 In Bayern existieren noch zahlreiche Straßen, Plätze  
12 und öffentliche Gebäude (Schulen, Kasernen,  
13 Turnhallen etc.), die nach Personen benannt sind, die  
14 im NS-Regime eine wichtige Rolle gespielt haben, oder  
15 die aufgrund ihrer Taten und Werke als rassistisch,  
16 antisemitisch und/oder homophob eingeordnet  
17 werden müssen. Die Jusos Bayern machen es sich zur  
18 Aufgabe in den lokalen kommunalen Gremien für eine  
19 Umbenennung dieser Ort zu plädieren und dies auch  
20 über die örtlichen SPD-Strukturen einzubringen.

21  
22 In der offiziellen Gedenkpolitik der Bundesrepublik  
23 Deutschland spielt zudem der 8. Mai als Tag der  
24 Befreiung vom Faschismus nur eine untergeordnete  
25 Rolle. Die Jusos Bayern setzen sich dafür ein, dass der  
26 8. Mai zum bundesweiten gesetzlichen Feiertag wird.  
27 Die offizielle Bezeichnung sollte sein: „Tag der  
28 Befreiung Europas vom Faschismus“.

### 29 30 Widerstand ermöglichen

31  
32 Der Protest und der Widerstand gegen rassistische und  
33 faschistische Umtriebe in diesem Land und unserer  
34 direkten Umgebung ist für die Jusos als  
35 antifaschistischer Verband eine wichtige Aufgabe und  
36 Verpflichtung. Um Protest und Widerstand zu  
37 ermöglichen müssen Kommunen dazu angehalten  
38 werden über Anmeldungen rechter Organisationen zu  
39 informieren. Schon viel zu oft haben Kommunen in  
40 Bayern versucht, faschistische Aufmärsche  
41 totzuschweigen, um ihnen möglichst „wenig  
42 Aufmerksamkeit“ zu schenken. Für uns ist das ein  
43 Irrglaube und der falsche Weg im Umgang mit rechten  
44 Kundgebungen und Demonstrationen. Wir sehen es  
45 als Notwendigkeit und wichtige Aufgabe, den  
46 Faschist\_Innen dort entgegenzutreten, wo sie  
47 aufmarschieren.

48  
49 Mittlerweile haben zahlreiche Kommunen schon  
50 Erfahrungen gesammelt, wie sie sich davor schützen  
51 können, dass faschistische Organisationen und  
52 Gruppierungen ihre Räumlichkeiten anmieten. Hierzu  
53 gibt es beispielsweise von der Landeshauptstadt  
54 München umfassendes Material, das auch in anderen  
55 Kommunen Verbreitung finden sollte.

1 In den kommunalen Gremien müssen wir versuchen  
2 auf Beschlüsse hinzuarbeiten, die die Kommune dazu  
3 verpflichten über rechte Umtriebe zu informieren und  
4 den Rechten vor Ort das Leben so schwer wie möglich  
5 zu machen.

6

### 7 Verbandsinterne Arbeit und SPD

8

9 Die Jusos verstehen sich als antifaschistischer  
10 Jugendverband. Die Teilnahme an Demonstrationen  
11 gegen faschistische Umtriebe und der Widerstand  
12 gegen diese ist Teil unserer täglichen politischen  
13 Praxis. Dieses wichtige Engagement sollte aber nicht  
14 zu einer leidigen Pflicht werden. Daher erscheint es  
15 uns notwendig, die Arbeit gegen Rechtsradikalismus  
16 und Faschismus auszubauen und zu verstetigen. Nur,  
17 wenn wir unseren Genossinnen und Genossen  
18 vermitteln, warum es notwendig und richtig ist, gegen  
19 Faschist\_Innen auf die Straße zu gehen, können wir sie  
20 auch dafür mobilisieren. Wir brauchen mehr  
21 Menschen in diesem Verband, die sich in Praxis und  
22 Theorie mit dem Thema auseinandersetzen.  
23 Antifaschistische Arbeit bedeutet, sich gegenseitig  
24 über die Strukturen vor Ort zu informieren, und  
25 Genoss\_Innen an den Erkenntnissen teilhaben zu  
26 lassen. Es bedeutet, sich auch theoretisch mit den  
27 Ursachen für menschenverachtende Einstellungen zu  
28 beschäftigen, die Entstehung von Faschismus  
29 begreifbar zu machen und kontrovers über die Rolle  
30 des kapitalistischen Systems bei diesen Phänomenen  
31 zu diskutieren. Hierin sehen wir auch eine große  
32 Chance neue Menschen für die Arbeit bei den Jusos zu  
33 finden und diese für unsere Ziele zu begeistern. Die  
34 Teilnahme an einer Demonstration oder Kundgebung  
35 kann ein niedrigschwelliger Einstieg für erste Kontakte  
36 zu den Jusos sein. Hierzu müssen wir aber auch  
37 Präsenz zeigen und durch unser Handeln und Agieren  
38 für junge Menschen ansprechbar und ansprechend  
39 sein. Eine kritische Selbstreflektion unseres Demo-  
40 Verhaltens und unserer Präsenz bei solchen  
41 Veranstaltungen ist daher angebracht. Die Jusos  
42 Bayern werden sich daher kritisch mit Aktionsformen  
43 und Formen des zivilen Widerstands  
44 auseinandersetzen. Hierzu benötigen wir auch  
45 Schulungs- und Bildungsangebote zur Durchführung  
46 und Teilnahme an Demonstrationen und der  
47 gewaltfreien Durchführung und Teilnahme an  
48 Aktionen des zivilen Widerstands, wie zum Beispiel  
49 Blockaden.

50 In unserer Praxis halten wir es für unerlässlich und  
51 erstrebenswert, mit anderen progressiven und  
52 emanzipatorischen linken Jugendverbänden,  
53 Bündnissen und antifaschistischen Gruppen  
54 zusammen zu arbeiten und Bündnisse zu bilden. Wir  
55 dürfen hier nicht unüberlegt in die  
56 Argumentationsweise der Extremismustheorie

1 verfallen. Bündnissen und Kooperationen mit  
2 linksradikalen emanzipatorischen und progressiven  
3 Gruppen und Verbänden stehen wir offen gegenüber  
4 und entscheiden uns für oder gegen diese in der Praxis  
5 vor Ort. Insbesondere die Kooperation mit den  
6 Jugendgewerkschaften, der Sozialistischen Jugend  
7 Deutschlands – Die Falken, der Naturfreundejugend  
8 und migrantischen Jugendverbänden muss ausgebaut,  
9 reaktiviert und neu begründet werden.  
10 Wir benötigen hierfür weitere verbandsinterne  
11 Bildungsangebote die sich auf einer theoretischen  
12 Ebene mit dem Themenkomplex beschäftigen, aber  
13 auch neuen Genoss\_Innen vor Ort Einführungen in die  
14 antifaschistische Praxis liefern. Wir müssen  
15 innverbandlich diskutieren, welche Formen hierfür  
16 geeignet sind und an welchen Stellen wir uns hierbei  
17 von bestehenden Konzepten in anderen Bezirken oder  
18 Ländern inspirieren lassen.  
19 Die Jusos Bayern setzen sich das Ziel, regelmäßige  
20 Gedenkstättenfahrten zu organisieren und zu  
21 bestehenden Gedenkfeierlichkeiten, wie in Dachau,  
22 stärker zu mobilisieren. Das jährliche Gedenken zur  
23 Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers  
24 Dachau könnte für uns ein zentraler Anker im Kalender  
25 sein, um den sich Seminare und weitere  
26 Veranstaltungen entwickeln. Auch die Zusammen-  
27 arbeit mit unseren Genoss\_Innen aus Österreich  
28 sollten wir in diesem Themenbereich stärker suchen,  
29 um voneinander zu lernen.  
30 Selbstverständlich ist für uns die SPD eine natürliche  
31 Bündnispartnerin, der wir solidarisch und kritisch  
32 gegenüber stehen. Wir müssen dort, wo es nötig ist,  
33 den Finger in die Wunde legen, um Vorurteile und  
34 Diskriminierung innerhalb der SPD offen  
35 anzusprechen. Dazu gehört auch, dass nicht länger  
36 über rassistische Äußerungen von Parteimitgliedern  
37 hinweggesehen werden darf. In der SPD darf keinerlei  
38 Platz für Rassist\_Innen sein!  
39  
40

1 **Antrag 3**

2

3 *Antragsteller: Jusos Bayern*

4 *Empfänger: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteikonvent, SPD-Parteivorstand, SPD-*

5 *Landtags- und Bundestags-fraktion*

6 **Regelung zu sicheren Herkunfts-**  
7 **staaten im Asylrecht abschaffen**

8

9

10 Seit in den vergangenen Monaten eine steigende Zahl  
11 an Flüchtlingen in Richtung Europa zur verzeichnen ist,  
12 musste eine parallel stattfindende Entsolidarisierung  
13 der Politik mit Flüchtlingen festgestellt und der  
14 Ausbau der Festung Europa evidentierte werden. So  
15 zum Beispiel durch den Bau des Grenzzauns zwischen  
16 Ungarn, Kroatien und Serbien durch die Regierung  
17 Orban. Die Bereitschaft zur Aufnahme von  
18 Flüchtlingen, falls in so manchen Fällen überhaupt  
19 vorhanden, nimmt in Europa rapide ab. Trotz des  
20 überwältigenden zivilgesellschaftlichen Engagements,  
21 finden auch in Deutschland restriktive Maßnahmen  
22 ihren Weg in die Politik. Mit dem Instrument der  
23 Deklaration von sog. sicheren Herkunftstaaten, sollen  
24 Flüchtlinge aus ebendiesen Staaten von vornherein  
25 keine Möglichkeit erhalten ein Asylverfahren  
26 anzustreben. Am 19. September 2014 wurde vom  
27 Bundesrat eine höchst umstrittene Ergänzung des  
28 geltenden Asylrechts mit knapper Mehrheit  
29 verabschiedet. So wurden drei neue Länder zur  
30 Kategorie der sicheren Herkunftsländer hinzugefügt:  
31 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Als  
32 Ergebnis des Asylgipfels vom September 2015, wurde  
33 nun auch beschlossen Albanien, Kosovo und  
34 Montenegro als sichere Herkunftstaaten zu  
35 deklarieren.

36 Seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 werden  
37 Asylanträge aus den so klassifizierten Staaten in einem  
38 Schnellverfahren bearbeitet. Dabei geht man von der  
39 gesetzlichen Vermutung aus, dass in diesen Ländern  
40 keine Gefährdungen vorliegen. Dementsprechend ist  
41 die prinzipielle Chance auf einen erfolgreichen  
42 Asylantrag verschwindend gering bis unmöglich.  
43 Momentan gilt diese Vermutung bis auf Ghana und  
44 Senegal nur für Staaten der Europäischen Union sowie  
45 Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina.

46 Doch besteht großer Zweifel daran, dass diese  
47 gesetzliche Vermutung der Wirklichkeit gerecht wird.  
48 Betrachtet man gerade die drei neu hinzugefügten  
49 Staaten, so kann man sicherlich kaum von sicheren  
50 Herkunftsländern reden.

51 So ist die Freiheit der Medien nur begrenzt gegeben.  
52 Beispielhaft hierfür steht Mazedonien, das auf dem  
53 Index zur Pressefreiheit 2014 von Reporter ohne

1 Grenzen den 123. von 180 Plätzen belegt und  
2 mittlerweile nur noch den Status eines halbfreien  
3 Staates inne hat. Repressionen und Haftstrafen gegen  
4 regierungskritische JournalistInnen, kommen vermehrt  
5 vor.  
6 Die Lebensrealität des LGBTI-Anteils der Bevölkerung  
7 ist in der Region nach wie vor unzumutbar. Kirchen,  
8 Organisationen, Parteien und z.T. Medien agitieren  
9 offen gegen freie Äußerung oder rufen zu Gewalt auf.  
10 Queere Vereine, Organisationen und Veranstaltungen  
11 existieren nur unter massivem Polizeischutz und sind  
12 und bleiben Ziel konservativer, religiöser,  
13 nationalistischer und faschistischer Kräfte. Prides, so  
14 sie denn zugelassen werden, sind ohne den Einsatz von  
15 polizeilichen Spezialeinsatzkommandos nicht  
16 durchführbar. Der CSD 2014 in Belgrad konnte so zum  
17 Beispiel nur unter Einsatz von 7000 PolizistInnen  
18 „erfolgreich“ ohne Zwischenfall durchgeführt werden.  
19 Bosnien und Herzegowina, Serbien und Mazedonien  
20 stellen in dieser Hinsicht allerdings keinen Sonderfall,  
21 EU-Mitgliedsstaaten in der Region eingeschlossen,  
22 keinen Sonderfall dar.  
23 Eine Diskriminierung von Roma findet in allen Staaten  
24 des osteuropäischen Raumes, aber auch in  
25 Westeuropa statt. Sie gehören bestenfalls zu  
26 BürgerInnen zweiter Klasse. Die ihnen durch Vorurteile  
27 und Klischees zugeschriebene Lebensweise führt dazu,  
28 dass sie nur selten am gesellschaftlichen Leben  
29 teilhaben dürfen oder können. Der Zugang zu Bildung,  
30 dem Gesundheits- und Sozialsystem oder Arbeit wird  
31 Roma staatlich geduldet oder gefördert verwehrt. Um  
32 die Ausreise und Beantragung von Asylverfahren in  
33 anderen Staaten zu erschweren werden ihnen oftmals  
34 Staatsbürgerschaft und/oder Ausweispapiere  
35 vorenthalten. Auch in diesem Fall stellen Bosnien und  
36 Herzegowina, Serbien und Mazedonien keine  
37 Sonderfälle dar.  
38 Ein sicheres und repressionsfreies Leben ist für  
39 Asylsuchende aus den genannten Ländern nur schwer  
40 bis nicht möglich. Die Situation in den nun durch den  
41 Bundestag als unbedenklich einzustufenden Staaten  
42 Albanien, Montenegro und Kosovo ist äquivalent oder  
43 noch schwieriger. In EU-Staaten, wie Ungarn oder  
44 Rumänien sind die Verhältnisse nur marginal besser.  
45 Eine Deklaration als sichere Heimatstaaten ist als  
46 Verhöhnung der Situation dieser Menschen zu  
47 betrachten und nicht akzeptabel.  
48 Eine derartige systematische Diskriminierung  
49 begründet jedoch nach heutiger deutscher Rechtslage  
50 keinen individuellen Asylanspruch. Es handelt sich  
51 schlicht nicht um anerkannte Asylgründe, wobei nicht  
52 selten jedoch eine Rückführung in eben diese elenden  
53 Verhältnisse nach Ablehnung des Asylantrages nicht  
54 stattfinden kann, weil eben Leben und Gesundheit der  
55 AntragsstellerInnen nicht gewährleistet werden  
56 kann. Der Vollständigkeit halber sei zudem darauf

1 hingewiesen, dass auch Vertreter\_Innen der  
2 albanischen Minderheit in Mazedonien ernsthaft und  
3 zunehmend staatlich administrierten und geduldeten  
4 Repressionen unterliegen.  
5 Wo eine solche Behandlung eigener Minderheiten  
6 jedoch gängige und eben auch staatliche Praxis ist,  
7 fällt es nicht schwer sich die Behandlung Einzelner  
8 auszumalen, die sich in irgendeiner Art und Weise die  
9 Aufmerksamkeit oder gar den Unmut eines solchen  
10 Regimes und seiner Organe zugezogen haben.  
11 Individuelle Gründe, deren Prüfung und Würdigung im  
12 angestrebten „beschleunigten Asylverfahren“, welches  
13 ja mit der Ausweisung von sicheren Herkunftsstaaten  
14 bezweckt wird, nicht wie geboten erfolgt  
15 beziehungsweise auch nur erfolgen kann. Die  
16 Einzelfallprüfung wird dort zur Farce, wo ein Antrag  
17 initial als „automatisch offensichtlich unbegründet“  
18 eingestuft wird und es den, häufig ja recht hilflosen,  
19 Antragssteller\_Innen auferlegt wird, das BAMF von  
20 diesem vorgefassten Urteil abzubringen.  
21 Jenseits dessen sei darauf verwiesen, dass das  
22 deutsche Asylrecht, post dem sog. „Asylkompromiss“  
23 von 1993, im europäischen Vergleich sehr restriktiv  
24 ausfällt. Gerade bei der Gruppe der Sinti und Roma, im  
25 deutschen Diskurs häufig pauschal als „Armut“- oder  
26 gar „Wirtschaftsflüchtlinge“ betitelt, erreichen andere  
27 westeuropäische Staaten wie zum Beispiel Frankreich  
28 oder die Schweiz zweistellige Anerkennungsdaten,  
29 ohne das einsichtig wäre, in wie weit die dort  
30 Schutzsuchenden sich in irgendeiner signifikanten Art  
31 und Weise von jenen Sinti und Roma unterscheiden  
32 sollten, die bei uns einen Asylantrag stellen. Wir setzen  
33 uns daher für eine Anpassung (im Sinne einer  
34 Lockerung) der Anerkennungskriterien ein, um  
35 mittelfristig einen gemeinsamen (zumindest west-)  
36 europäischen Schutzstandard herstellen zu können.  
37 Daher fordern wir, dass die Regelung bzgl. sicherer  
38 Herkunftsländern abgeschafft wird. Vielmehr muss  
39 jedes einzelne Schicksal gewürdigt werden und eine  
40 Entscheidung über einen Asylantrag darf nicht von  
41 einer gesetzlichen Vermutung abhängen. Gerade die  
42 Beispiele Mazedonien, Serbien und Bosnien-  
43 Herzegowina machen deutlich, dass der Begriff eines  
44 sicheren Herkunftsstaats reine Illusion ist.  
45  
46



1 **Antrag 4**

2

3 *Antragsteller: Jusos*

4 *Empfänger: Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion*

5 **Offener und kostenfreier Internetzugang in**  
6 **Flüchtlingsunterkünften**

7

8 Vielerorts ist eine Internetversorgung in  
9 Flüchtlingsunterkünften, ob in „kurzfristigen“  
10 Erstaufnahmen oder einer „längerfristigen“  
11 Unterkunft, eine Seltenheit. Dies folgt aus der  
12 Problematik, dass viele Kommunen sich nicht des  
13 Themas annehmen wollen, weil die Störerhaftung  
14 ihnen ein Dorn im Auge ist: der Gefahr abgemahnt zu  
15 werden, wollen sich weder Kommunen noch  
16 verantwortliche Ämter aussetzen. Dies geschieht zum  
17 Leiden der Flüchtlinge, welche sich so nur mit teuren  
18 Handyverträgen Zugang zum Internet verschaffen  
19 können. Das Internet ist für alle Menschen heutzutage  
20 eine wichtige Dienstleistung, aber vor allem für  
21 Flüchtlinge, welche mehrere tausende Kilometer von  
22 ihren Familien und Bekannten entfernt sind, ist es  
23 extrem wichtig und notwendig für die  
24 Kommunikation. Denn es gibt sonst oft keine  
25 Möglichkeit, um mit den wichtigsten Menschen, wie  
26 den eigenen Kindern, Eltern, Geschwistern und  
27 EhepartnernInnen usw. in Kontakt zu bleiben.

28

29 Zusätzlich bietet das Internet viele Möglichkeiten zur  
30 Partizipation im Alltag. Es kann Zugang zu Plattformen  
31 bieten, welche den Menschen in ihrer neuen  
32 Umgebung oder bei diversen Schwierigkeiten  
33 unterstützen können, so z.B. auch Zugang zu  
34 Bibliotheken, Wörterbüchern und Übersetzungsseiten,  
35 welche das tägliche Leben der Menschen hier vor Ort  
36 massiv erleichtern können. Natürlich wäre so auch ein  
37 Zugang zu Kultur und Unterhaltung einfacher, was  
38 sich positiv auf das alltägliche Leben der Flüchtlinge  
39 auswirken würde.

40

41 Deshalb fordern wir als Jusos Bayern, eine  
42 Ausnahmeregelung oder eine Neuregelung der  
43 Störerhaftung in Flüchtlingsheimen für die Besteller,  
44 die Kommunen und Bezirke.

45 Die Unterstützung von alternativen Möglichkeiten der  
46 Bereitstellung von Internethotspots, wie zum Beispiel  
47 nach dem Vorbild von freifunk.net, muss der  
48 Gesetzgeber verstärkt benennen und sich auch an den  
49 Kosten beteiligen.

50 Zudem fordern die Jusos Bayern weiterhin, dass  
51 generell an öffentlichen Orten kostenloser  
52 Internetzugang möglich gemacht werden muss. Es ist  
53 längst überfällig, dass alle Menschen an öffentlichen

1 Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und auch unterwegs  
2 in Bussen und Bahnen kostenlos online gehen können.

3  
4

#### 5 **Antrag 5**

6

7 *Antragssteller: SPD Kreisverband Schweinfurt Stadt*

8 *Empfänger: Landesparteitag, Bundesparteitag, Bundesvorstand, Bundestagsfraktion*

9

## 10 **Asylrecht verteidigen – Rechtspopulismus** 11 **entgegentreten**

12

13 Die SPD spricht sich gegen jede Einschränkung des  
14 Grundrechts auf Asyl aus. Weiterhin werden alle  
15 Genossinnen und Genossen, besonders diejenigen, die  
16 sich in Führungspositionen von Partei oder Fraktion  
17 befinden, aufgefordert, dem rechtspopulistischen  
18 Gedankengut von CDU/CSU, AfD, Pegida etc.  
19 entgegenzutreten und nicht entsprechende Ängste der  
20 Bürgerinnen und Bürger weiter zu schüren.

21

22

23 **Begründung:**

24 "Wer Wind sät, wird Sturm ernten." Wer den "  
25 besorgten Bürgern" nach dem Mund redet und von  
26 Überforderung schwadroniert, stärkt, wie jüngste  
27 Umfragen zeigen, rechtsextreme Parteien. Das gilt es  
28 zu verhindern. Einer unserer wesentlichen  
29 sozialdemokratischen Grundwerte ist die Solidarität.  
30 Solidarisch sind wir aber nicht nur innerhalb unserer  
31 nationalen Grenzen. Vielmehr haben wir eine  
32 besondere Verantwortung gegenüber den Menschen,  
33 die aus Ländern stammen, die unter der Politik der  
34 westlichen Welt leiden mussten.

35

1 **Antrag 6**

2

3 *Antragssteller: OV Ingolstadt*

4

5 **Reform des Asylverfahrens**

6

7 **Präambel**

8

9 Aus der Präambel des Leitantrags des Landesvorstands  
10 BayernSPD:

11

12 „Der nächste Schritt muss nun sein, endlich für eine  
13 schnellere Bearbeitung der Asylverfahren beim  
14 Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) zu  
15 sorgen! Die SPD Bundestagsfraktion fordert bereits  
16 seit mehr als einem Jahr geeignete Maßnahmen, um  
17 den Stau von etwa 300000 Anträgen beim BAMF  
18 abzubauen! Hierbei wird die Einstellung von 2000  
19 zusätzlichen EntscheiderInnen beim BAMF nicht die  
20 Lösung des Problems sein! Wir brauchen vereinfachte  
21 Bearbeitungsverfahren für Menschen mit sicherer  
22 Bleibeperspektive.“

23

24 Wir brauchen schnellstmöglich eine grundlegende  
25 Reform der Asylverfahren in Deutschland – dazu  
26 bedarf es nicht nur der Forderung sondern ernstzu-  
27 nehmender Alternativvorschläge.

28

29 Das Asylverfahren ist ein Bürokratiemonster!

30

31 Eine gute Übersicht über den Ablauf des Asylver-  
32 fahrens gibt ein Informationsblatt des BAMF:

33 [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/infoblatt-erstororientierung-asylsuchende.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Flyer/infoblatt-erstororientierung-asylsuchende.pdf?__blob=publicationFile)

34

35 sowie ausführlicher die folgende Dokumentation eines  
36 Asylsuchenden (Doku - BAMF):

37

38 [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Videofilme/begleitbroschuere-videofilm-deutsches-asyilverfahren.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Videofilme/begleitbroschuere-videofilm-deutsches-asyilverfahren.pdf?__blob=publicationFile)

39

40  
41  
42 Müsste eine Firma mit Prozessen wie dem deutschen  
43 Asylverfahren Geld verdienen, sie würde sofort pleite-  
44 gehen.

45 Die einzige Frage, die bei jedem Asylverfahren  
46 beantwortet werden muss, lautet verkürzt: Wird Asyl  
47 gewährt oder nicht?

48

49 Was jedoch passiert bei einem derzeitigen  
50 Asylverfahren:

1 Meldet sich ein Asylsuchender bei der Polizei wird  
2 dieser in die nächste Erstaufnahmeeinrichtung  
3 gebracht bzw. muss sich alleine dorthin begeben. Dort  
4 muss er seine Papiere abgeben und erhält im  
5 Gegenzug eine „Bescheinigung über die Meldung als  
6 Asylsuchender“ (BÜMA), welche auch Angaben zur  
7 Identität erfordert.

8 Um überhaupt einen Asylantrag stellen zu können  
9 muss jeder Asylsuchende persönlich beim BAMF  
10 vorstellig werden. Dort heißt es: „Wir nehmen  
11 Fingerabdrücke und machen ein Foto“. Auch wird die  
12 „Ausstellung der Aufenthaltsgestattung (Ausweis-  
13 dokument)“ vorgenommen. Erst jetzt beginnt das  
14 eigentliche Asylverfahren zu dem das BAMF den  
15 Asylbewerber zu einer Anhörung einlädt und  
16 anschließend endgültig über den Asylantrag  
17 entscheidet.

18  
19 Asylsuchende die heute in Deutschland ankommen  
20 erhalten erst im nächsten Jahr einen Termin beim  
21 BAMF um überhaupt einen Asylantrag stellen zu  
22 können!

23  
24 Bei dieser Beschreibung kommt einem sofort Reinhard  
25 Mey in den Sinn: „Einen Antrag auf Erstellung eines  
26 Antragsformulars“ - und das für weit mehr als 800.000  
27 Menschen die als Asylsuchende alleine dieses Jahr zu  
28 uns gekommen sind.

29 Ohne mit den weiteren Details bekannt zu sein wird  
30 alleine bei dieser Beschreibung klar, dass das heutige  
31 Verfahren nicht effizient arbeiten kann.

32  
33

34 Fragen an den gesunden Menschenverstand

35

36 • Ist es sinnvoll und effizient, dass jeder  
37 Asylsuchende nur für ein Foto, zur Abnahme von  
38 Fingerabdrücken und eine Belehrung persönlich in  
39 einem deutschen Amt erscheinen muss, von dem  
40 es nur einige wenige in jedem Bundesland gibt?

41

42 • Ist es sinnvoll und effizient, vor dem eigentlichen  
43 Asylverfahren jedem Asylbewerber eine  
44 Bescheinigung über die Meldung als  
45 Asylsuchender auszustellen und einen Antrag erst  
46 im jeweiligen BAMF stellen zu können wo dieser  
47 dann eine Aufenthaltsgestattung als neues  
48 Ausweispapier bekommt?

49

50 Diese und weitere Fragen sind sofort offensichtlich bei  
51 der Beschäftigung mit den aktuellen Asylverfahren.

52

53

54

55

1 Forderungen an eine grundlegende Asylverfahrens-  
2 reform

3  
4 Folgende Forderungen sind an eine grundlegende  
5 Asylverfahrensreform zu stellen:

- 6  
7 1. Die Doppelarbeit von Polizei,  
8 Erstaufnahmeeinrichtung / Ausländerbehörde  
9 und BAMF muss einschließlich aller Bürokratie  
10 und Ausstellung des „Bescheid[s] über  
11 Meldung als Asylsuchender“ so schnell wie  
12 möglich für alle neu ankommenden Flüchtlinge  
13 entfallen.  
14
- 15 2. Bei Erstkontakt mit einem Asylsuchenden sind  
16 von der jeweiligen Polizei oder  
17 Erstaufnahmeeinrichtung:
  - 18 a. Persönliche Daten sowie  
19 Fingerabdrücke und Foto aufzunehmen
  - 20 b. Diese als elektronische Akte im System  
21 MARiS des BAMF zu hinterlegen
  - 22 c. Beim BAMF elektronisch für den  
23 jeweiligen Asylsuchenden einen  
24 Asylantrag zu stellen
  - 25 d. Eine Aufenthaltsgestattung für die  
26 Dauer des Asylverfahrens ohne feste  
27 zeitliche Begrenzung auszustellen (Jede  
28 Polizeidienststelle muss einsehen  
29 können ob das jeweilige Asylverfahren  
30 noch läuft oder bereits abgeschlossen  
31 ist)
- 32  
33 3. Nach Verteilung auf die Bundesländer nach  
34 EASY Schlüssel sind dort vor Ort (z.B. mit Hilfe  
35 von Übersetzern und Sozialarbeitern)
  - 36 a. Noch fehlende Einträge in die jeweilige  
37 elektronische Akte im System MARiS zu  
38 ergänzen
  - 39 b. Belehrungen / Informationen zum  
40 Asylverfahren für den Asylsuchenden  
41 durchzuführen bzw. bereitzustellen.  
42 (Ersatz der heutigen  
43 Informationsweitergabe bei  
44 persönlicher Antragstellung im BAMF)
- 45  
46 4. Zur strukturellen Entlastung des BAMF darf nur  
47 noch die offizielle Anhörung die persönliche  
48 Anwesenheit des Asylsuchenden beim BAMF  
49 benötigen.  
50
- 51 5. Die IT-Systeme aller Behörden sind  
52 schnellstmöglich so zu erneuern und  
53 anzupassen, dass das genannte Verfahren  
54 möglich ist.  
55
- 56 6. Als Vorgabe für das BAMF ist eine mittlere

- 1 Durchlaufzeit von Asylverfahren von nicht  
2 mehr als 4 Wochen vorzusehen anstelle von 3  
3 Monaten und mehr.  
4 Alle internen Verfahren und Abläufe im BAMF  
5 sind über die genannten Punkte hinaus so zu  
6 optimieren, dass das Ziel von 4 Wochen  
7 erreicht wird.  
8  
9 7. Zur schnelleren und besseren Integration ist  
10 Asylsuchenden mit hoher Bleibeperspektive  
11 und gesicherter Herkunft sofort Zugang zu  
12 Integrations- und Sprachkursen zu  
13 ermöglichen.  
14  
15

1 **Antrag 7**

2 *Antragsteller: SPD München*

3

4 **Gewerkschaften an die Schulen**

5

6 Wir fordern, dass die Gewerkschaften bzw.  
7 stellvertretend für die Einzelgewerkschaften der  
8 Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) an allen Schulen  
9 im Freistaat Bayern in die Ausgestaltung der  
10 Berufsvorbereitung und Ausbildungsberatung ein-  
11 gebunden werden sollen.

12

13 Der DGB erhält das Recht im vorletzten Schuljahr  
14 sowie im Rahmen der Ausbildung an die Berufsschule  
15 entweder im Rahmen eines Bewerbungstrainings,  
16 einer Berufsberatung oder des Sozialkundeunterrichts  
17 die späteren ArbeitnehmerInnen über ihre Rechte und  
18 Pflichten als Arbeitnehmer aufklären und vorbereiten  
19 zu können.

20

21 Auch im Rahmen der Berufs- und Studieninformation  
22 auch an der Gymnasialen sowie Beruflichen (FOS; BOS)  
23 Oberstufe müssen diese Themen gleichberechtigt  
24 neben den Informationen der ArbeitgeberInnen und  
25 Industrieverbänden behandelt werden. Dies ist für uns  
26 ein fundamentaler Bestandteil beruflicher Beratung an  
27 Schulen, da die VertreterInnen der Gewerkschaften  
28 SchülerInnen realistisch und unabhängig über die  
29 Chancen und Verpflichtungen einer beruflichen  
30 Ausbildung beraten können.

31

32 Begründung:

33

34 Derzeit dürfen Einzelgewerkschaften sowie der DGB  
35 keine Werbung an Schulen betreiben bzw. beratend  
36 für SchülerInnen tätig werden, obwohl sie das von der  
37 Politik anerkannte Arbeitnehmervertretung Gremium  
38 sind. Jedoch werden aber VertreterInnen der  
39 ArbeiterInnen und Industrieverbände regelmäßig an  
40 Schulen geholt um beispielsweise den SchülerInnen  
41 das Duale Studium näher zu bringen. Wir als  
42 JungsozialistInnen verstehen die Betriebliche  
43 Ausbildung als ein Grundpfeiler innerhalb der  
44 Ausbildungslandschaft, daher wollen wir diesen auch  
45 stärken, unserer Ansichten nach kann am besten die  
46 Gewerkschaft bzw. der DGB für die Ausbildungsform  
47 Interesse bei den SchülerInnen schaffen und  
48 gleichzeitig über Rechte und Pflichten von  
49 Auszubildenden aufklären. Daher vorderen wir auch,  
50 dass nicht nach dem Schulabschluss die Einbindung  
51 der Gewerkschaften beendet werden darf. Wir fordern  
52 sogar das auch noch während der Ausbildung die  
53 Gewerkschaften über die Berufsschule stärker  
54 eingebunden werden.

1 Auch in der Tradition unserer Partei muss uns dieses  
2 Thema uns ein wichtiges Bedürfnis sein, um auch die  
3 Gewerkschaften wieder zu stärken. Eine Gewerkschaft  
4 ohne Mitglieder kann nicht wirksam die Interessen  
5 aller ArbeitnehmerInnen vertreten. Dies kann nicht in  
6 unsrem Interesse liegen.

7

8

## 9 **Antrag 8**

10

11 *Antragsteller: SPD München*

## 12 **Altersangabe auf Stimmzettel**

13

14 Wählerinnen und Wähler wissen in der Regel – außer  
15 sie haben sich explizit im Vorfeld informiert - nur  
16 wenig über die zur Wahl stehenden Personen auf dem  
17 Stimmzettel.

18 Häufig sind daher Angaben zu Beruf oder Ehrenamt  
19 ausschlaggebend für die Wahlentscheidung. Um der  
20 wählenden Person zumindest etwas mehr Information  
21 zu Verfügung zu stellen, soll es künftig bei den  
22 bayerischen Kommunalwahlen möglich sein, dass sich  
23 um ein Mandat bewerbende Personen ihr  
24 Geburtsdatum bzw. ihr Alter am Tag der Wahl auf dem  
25 Stimmzettel angeben.

26

27 Hierzu wird „der Tag der Geburt“ aus der Aufzählung  
28 nicht zulässiger Angaben in § 31 (1) der Wahlordnung  
29 für die Gemeinde- und Landkreiswahlen (GLKrWO)  
30 gestrichen. Weitere gesetzliche Bestimmungen  
31 werden entsprechend angepasst.

32

33